



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges

Es ist schwer zu entscheiden, welches der zwei Hauptereignisse des Jahres 1904, die Niederlage Rußlands im japanischen Kriege oder die Ausöhnung Frankreichs mit Großbritannien, tiefere Spuren in der Geschichte der Menschheit zurückgelassen hat. Im fernen Osten verschoben sich die Machtgewichte zugunsten der gelben Rasse, in Europa fand der seit Ludwig XIV. währende Streit der zwei westeuropäischen Nationen um See- und Kolonialgewalt den vorläufigen Abschluß. Die Gleichzeitigkeit der zwei Ereignisse war kein Zufall. Denn so wie Rußland den europäischen Händeln den Rücken kehrte, um auf die Unterjochung Ostasiens auszugehen, sah sich Frankreich nach einem Bundesgenossen gegen Deutschlands offensündige Übermacht um. Den Briten wieder, von Sorge über den Ausgang des Krieges erfüllt, war der Gedanke, das Zarenreich werde sich bis an die Grenzen Indiens ausdehnen, ebenso unheimlich wie die Gefahr, die ihrer Handels-herrschaft von Deutschland drohte. So trafen sich die zwei Nationen Westeuropas in demselben Wunsche, schlichteten durch die Verträge vom 8. April 1904 ihre Kolonialstreitigkeiten und gelangten in allen großen Fragen zu einem festen Einvernehmen.

Doch waren die wechselseitigen Beziehungen der europäischen Großmächte auch nach der in der Mandschurei gefallenen Entscheidung in einem wichtigen Punkte ungeklärt. Als Rußland sich wieder den europäischen Zielen zuwandte, war es noch unsicher, welcher Kraftgruppe es sich anschließen werde. Zugunsten Deutschlands sprach der Umstand, daß es dem Zarenreiche im Laufe des japanischen Krieges diplomatische und wirtschaftliche Hilfe geleistet, Britannien dagegen ihm seinen bösen Willen gezeigt hatte. Es war für das Deutsche Reich eine Lebensfrage, ob Frieden und Freundschaft mit Rußland bestehen blieb oder ob dieses zu den Westmächten abschwenkte. Jetzt strafte es sich, daß das Berliner Kabinett während des Burenkrieges und des gleichzeitigen Vordringens Rußlands in Ostasien (1899—1903)

sowohl die feste Verbindung mit Rußland als auch die mit Großbritannien und Japan ausgeschlagen hatte. Damals entschied sich die deutsche Regierung in Verkennung der Weltlage für eine Politik der freien Hand, womit sie die Erweiterung ihres Bündnisystems veräußerte (Band I, Seite 319). Da sich England und Rußland damals die Wage hielten, so schien die Politik der wechselnden Gegengewichte, wie Bethmann Hollweg sie 1913 im Reichstage nannte, ebenso gefahrlos als gewinnbringend. Indem aber Deutschland zwei Eisen im Feuer hielt, erweckte es bei beiden Parteien Mißtrauen und den Verdacht, es nähre den Hader unter seinen Nachbarn. Es benützte die Sachlage jedoch nur zur eigenen Kräftigung und schritt von 1900 ab an den Bau einer starken Schlachtflotte. Daraus ergab sich der kaum mehr überbrückbare Gegensatz zu England, und seitdem suchte die deutsche Regierung bei Rußland Rückendeckung.

Es waren Gründe mannigfacher Art, aus denen Wilhelm II. im japanischen Kriege dem östlichen Nachbarn alle nur möglichen Liebesdienste erwies. Er und seine Ratgeber mußten wünschen, daß Rußland seine militärische Kampffront gegen Hinterasienkehrte, so daß sich der von ihm auf Mitteleuropa geübte Druck verminderte. Auch war Kaiser Wilhelm von Abneigung gegen die Japaner wie besessen, sah in der mongolischen Rasse die der europäischen Gesittung drohende Gefahr und glaubte, auf den mandschurischen Schlachtfeldern entscheide sich der Kampf zwischen dem Kreuz und dem Buddhismus. Deutschlands Sicherung an seiner östlichen Grenze war sein Hauptantrieb, mit dem sich die Vorurteile gegen Japan verbanden. Dazu kam, daß Wilhelm in der Zarenmacht eine der Bürgschaften des Sieges des monarchischen Gedankens sah. Mit dem ihm eigenen Überschwange entrollte er in seinem Briefwechsel mit Nikolaus die ihn leitenden, zum Teile berechtigten, zum Teile schiefen Gedankengänge, schmeichelte der Eigenliebe des Zaren als des Vorkämpfers des Christentums gegen die von Osten sich ankündigende Überflutung, ging aber in der Naivität, mit der er ihn auf Eroberungen im Osten hindrängte, so weit, daß Deutschlands Interesse daran auch einem stumpfen Sinne deutlich werden mußte. Gesprochene oder geschriebene Worte haben aber nie die Wirkung wie Taten; das Entscheidende war, daß Deutschland die Russen durch Lieferung von Waffen und Kohle bis an die äußerste Grenze der eigenen Neutralität unterstützte. Ohne eine Gegenleistung zu fordern, ohne durch Abschluß eines

Bündnisses für die Zukunft zu sorgen, ermöglichte die deutsche Regierung der russischen nicht bloß die Entblößung der Westgrenze, sondern stellte sich neben sie als zuverlässige Freundin und Genossin.

Da wurde das Berliner Kabinett durch die Kriegsdrohung Großbritanniens vom 24. August 1904 aufgeschreckt: so kam England dem japanischen Bundesgenossen zu Hilfe, um den Kohlenlieferungen für die russische Flotte ein Ende zu machen, durch welche allein die Fahrt der russischen Ostseeflotte nach Ostasien ermöglicht wurde. Von jetzt an warb die deutsche Regierung um einen Bundesvertrag mit Rußland; sein eigener Handel, seine junge Kriegsslotte standen unter den Kanonen der britischen Schlachtschiffe. Der Zar ging auf den Wunsch Deutschlands ein und forderte den Kaiser zum Entwurf eines Vertrages auf, den ihm dieser am 30. Oktober sandte. „Wir wollen zusammenhalten“, stand in dem Geleitbrief Wilhelms. „Das Bündnis würde natürlich rein defensiv sein und sich ausschließlich gegen einen europäischen Angreifer oder mehrere richten, in der Gestalt einer gegenseitigen Feuerversicherungsgesellschaft gegen Brandstiftung.“ Die Absicht Wilhelms und Bülow's war, Frankreich sei vom Zaren zum Beitritt einzuladen, auf daß es sich zwischen Rußland und England entscheide; denn „Clemenceau und alles übrige Lumpengesindel“, so schrieb der Kaiser am 30. Oktober 1904 an den Zaren, sträubten sich gegen die Erfüllung der dem russischen Bundesgenossen schuldigen Vertragspflichten. Auf diesem Wege wollte die deutsche Regierung Frankreich in ein dreieckiges Verhältnis hineinziehen, welches den Deutschen den Besitz Elsaß-Lothringens dauernd sichern sollte¹⁾. Aber so vorsichtig auch Kaiser Wilhelm den deutsch-russischen Vertrag faßte, er erlebte doch eine schwere Enttäuschung. Deutschland hatte sich völlig verausgabt, den Russen alle nur erwünschten Dienste geleistet und die Ratgeber des Zaren waren nicht gewillt, sich ihrerseits zu binden. Wie immer der Zar über die Sache gedacht haben mag: sein Minister des Außeren, Graf Lambsdorff, hintertrieb den Abschluß eines Bündnisses, offenbar um den französischen Freund nicht zu verletzen, der eigentlich ein so treuer Vasall war, wie es das Deutsche Reich nie

¹⁾ Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 (Berlin 1920), Seite 131. Am 31. Oktober fand über den Gegenstand bei Bülow eine Beratung statt, der Holstein, der Generalstabschef Schlieffen und Tirpitz beigezogen waren. Holstein verteidigte den Plan eines Bündnisses mit Rußland und Frankreich, Tirpitz sprach sich dagegen aus (Tirpitz, Erinnerungen, Seite 143).

werden konnte. Rußland ließ sich bloß zu einer dem Berliner Kabinett gegebenen Erklärung bereit finden, daß es Deutschland in jeder aus den Kohlenlieferungen sich ergebenden Verwicklung unterstützen werde. Das war das mindeste, was es zu tun verpflichtet war, eine Zusicherung bloß für den vorliegenden Fall und für die Dauer des gegenwärtigen Krieges. Wohl eröffnete der Zar seinem kaiserlichen Freunde, man könnte auch einem Vertrage näher treten, jedoch nur derart, daß Frankreich zur Unterhandlung herangezogen werde. Darauf aber ging Wilhelm nicht ein. Jene Erklärung Rußlands befriedigte ihn; er schrieb am 21. Dezember in würdigem Tone: „Es ist trotzdem nicht meine Absicht, Dir eine Lösung aufzudrängen, die Dir unerwünscht scheinen mag. Wir werden unter allen Umständen treue und loyale Freunde bleiben.“ Das Heranziehen der französischen Regierung aber lehnte er aus einem Grunde ab, der in seinem überreizten monarchischen Bewußtsein wurzelte: „Meine Meinung über den Vertrag ist noch dieselbe; es ist unmöglich, Frankreich in unser Vertrauen zu ziehen, bevor wir zu einer definitiven Regelung gekommen sind. Loubet und Delcassé sind zweifellos erfahrene Staatsmänner, aber da sie keine Fürsten oder Kaiser sind, bin ich nicht in der Lage, sie — in einer Vertrauensfrage wie diese — auf denselben Fuß zu stellen wie Dich, meinesgleichen, meinen Vetter und Freund¹⁾“, Worte, die eine völlige Verkennung des Wesens der äußeren Politik beweisen. Wenn Kardinal Richelieu mit den deutschen Protestanten, Ludwig XIV., der allerchristlichste König, mit dem Sultan Geheimverträge schloß, wenn Cabour seinem Könige riet, die einzige Tochter mit dem Prinzen Napoleon zu vermählen, wenn Bismarck der Republik von Frankreich den Vorzug vor dem Königtum gab, wenn der Zar nur in der Staatsform Frankreichs eine Minderung seiner Bündnisfähigkeit sah, so durfte Wilhelm II., falls Deutschland daraus Vorteil zog, nicht zögern, auch mit den französischen Staatsmännern zu unterhandeln. Es ist wohl richtig, daß diese, schon mit Rücksicht auf das soeben mit England geschlossene Einvernehmen, das Bündnis voraussichtlich vereitelt haben würden; das war aber kein Grund, den Faden abreißen zu lassen, kaum daß er geknüpft war. Es ist dies einer der Kunstfehler der deutschen Diplomatie, die zur Vereinsamung des Reiches führten. Es war schon ein Mißerfolg, daß das mächtige Deutschland bei dem in der Mandschurei halbbesiegten Rußland vergebens um ein Bündnis warb. Die

¹⁾ Briefe Wilhelms II., S. 153.

Beweggründe, die den russischen Minister des Außeren, Grafen Lambsdorff, zur Ablehnung bestimmten, lagen nicht bloß in dem Bündnisse mit Frankreich, auf dessen Hilfe Rußland angewiesen war. Er hielt es außerdem für überflüssig, sich zu allen anderen Sorgen noch mit der zu belasten, die aus dem deutsch-englischen Gegensatze entsprang. Weßhalb die öffentliche Meinung Großbritanniens noch mehr reizen, indem sich der Petersburger Hof mit dem Berliner verband? So ließ sich Rußland auch weiterhin von Deutschland alle Freundschaftsdienste gegen Japan leisten, ohne für die Zukunft eine Verpflichtung auf sich zu nehmen. Die Beziehungen der beiden Kabinette blieben indessen so warm wie bisher: auch wiederholte Wilhelm II., wie wir sehen werden, gelegentlich der Zusammenkunft von Björköe (23. und 24. Juli 1905) den im Jahre vorher mißglückten Versuch, scheinbar mit besserem Erfolge. Damals huschte der Schatten des Dreikaiserbündnisses noch einmal über die politische Bühne, um darauf völlig zu verschwinden.

*

Der Suezkanal und Konstantinopel

Der Ausgleich mit Frankreich wurde von König Eduard und seinen Ministern in der Absicht betrieben, gegen Deutschland die Hände frei zu bekommen. Das Abkommen zeitigte aber auch das wichtige Ergebnis, daß England nicht mehr für den Suezkanal fürchten mußte, da Frankreich in dem Vertrage die lästige Forderung nach Räumung Ägyptens fallen ließ. So stark hatte vor 1904 dieser Druck auf England gelastet, daß es bis dahin die stärkste seiner Flotten dauernd im Mittelländischen Meere beließ, mit Malta als Stützpunkt. Nicht der Armeekanal und die Nordsee wurden damals am sorgsamsten verwahrt, sondern die Gewässer, durch die der Weg zum Suezkanal und nach Indien ging; 12 Schlachtschiffe, 5 große und 12 kleine Kreuzer nebst vielen anderen Fahrzeugen hielten die Wacht. Sie behielten auch Konstantinopel und die Dardanellen im Auge, sorgten ebenso dafür, daß Rußland den Meerengenvertrag nicht verleihe, wie andererseits, daß dem Sultan die Lust verging, von seiner völkerrechtlich verbrieften